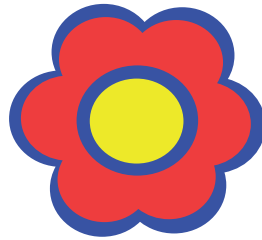


Was blüht uns da?



ELENA – Arbeitnehmer-Datenblüten

ELENA steht kurz für „Elektronischer Entgeltnachweis“. Seit dem 01.01.2010 sind alle Arbeitgeber deutschlandweit verpflichtet, monatlich ein umfangreiches Paket einkommensrelevanter Daten aller bei ihnen beschäftigten Arbeitnehmer an die so genannte Zentrale Speicherstelle in Würzburg zu übermitteln. Die maßlose Umsetzung dieses Verfahrens wird von Datenschützern stark kritisiert. Die Speicherung widerspricht dem Grundsatz der Datensparsamkeit des Bundesdatenschutzgesetzes, denn die Daten werden ohne Einzelfallprüfung anlasslos auf Vorrat gespeichert und mehrere Jahre vorgehalten. Es bestehen erhebliche Risiken hinsichtlich der Datensicherheit, insbesondere durch die intransparente Einbindung eines privatwirtschaftlichen Unternehmens für die gesamte Verschlüsselung. Die angekündigten Bürokratieeinsparungen sind zudem zweifelhaft. Der vorgesehene Zwang zur Nutzung der elektronischen Signatur sowie zur Übernahme der Anmeldekosten durch die Bürger ist nicht nur aus sozialen Gesichtspunkten fragwürdig.

Der AK Vorrat, der bereits erfolgreich gegen die Vorratsdatenspeicherung geklagt hat, legt auch gegen ELENA eine Verfassungsbeschwerde ein. Dieser sollten Sie sich anschließen:

<https://petition.foebud.org/ELENA>

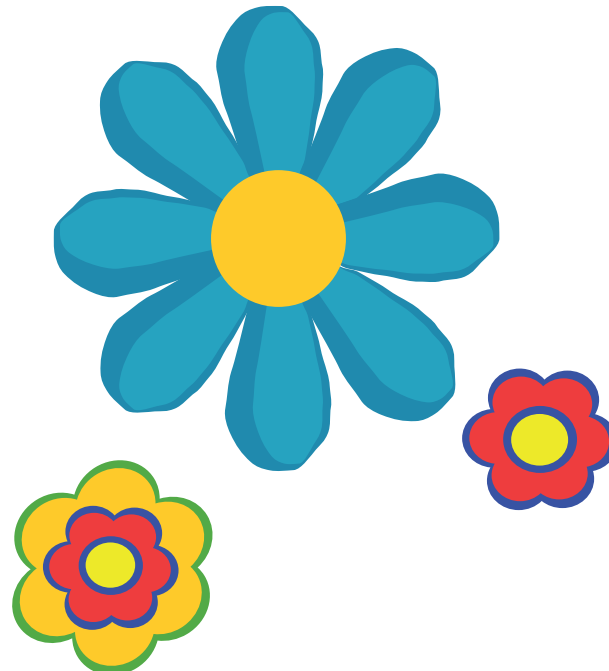
Vorratsdatenspeicherung 2.0 Europäische Datenblüten

Das zum 01.01.2008 in Kraft getretene Gesetz verlangte die Speicherung aller Verbindungsdaten für die Dauer von 6 Monaten. Dies beinhaltet, wer wann wo mit wem telefoniert, eine Email verschickt oder das Internet benutzt hat. Dieses skandalöse Gesetz wurde im Februar 2010 vom Bundesverfassungsgericht für nichtig erklärt.

Alle Daten müssen unverzüglich gelöscht werden. Doch der Innenminister will dies nicht hinnehmen und drängt auf ein neues Gesetz. Er beruft sich dabei auf eine EU-Richtlinie, welche die Speicherung vorgibt. Neben der Möglichkeit gegen das neue Speichergesetz zu protestieren, gibt es jedoch auch die Chance, auf europäischer Ebene gegen die Richtlinie vorzugehen. Rumänien, Bulgarien, Österreich und Schweden verweigern sich der Umsetzung und sind daher potentielle Verbündete.

Zugangerschwerungsgesetz – Unkraut aus dem Familienministerium

Der Streit um den richtigen und sinnvollen Weg gegen die Verbreitung von Kinderpornographie im Internet beschäftigt die Politik seit über einem Jahr. Das am 17.2. 2010 in Kraft gesetzte Zugangerschwerungsgesetz sieht vor, dass das BKA geheime Listen mit Webseiten erstellt, die dann ohne richterliche Überprüfung gesperrt werden und ermöglicht damit eine umfassende Internetzensur. Besser ist das Löschen illegaler Seiten durch den zuständigen Provider. Darin stimmen mittlerweile alle Fraktionen des Bundestages überein. Es gibt zwar einen Erlass an das BKA, die Websperren vorerst nicht zu anzuwenden, aber die CDU/CSU weigert sich trotz der unklaren Rechtslage und entgegen der Versprechen zweier ihrer Minister, das Gesetz aufzuheben.



Jugendmedienschutz-Staatsvertrag

Im Jugendmedienschutz-Staatsvertrag, welcher am 25.03.2010 zwischen den Bundesländern geschlossen werden soll, werden die Regelungen zum Jugendschutz in Medien neu definiert.

Im aktuellen Entwurf sind jedoch etliche abzulehnende Vorschriften enthalten: Anbieter von Inhalten werden mit Webspaces- und Internetzugangsanbietern gleichgesetzt. Dies führt zur Verpflichtung für Internetzugangsanbieter, gegen deutsche Jugendschutzbestimmungen verstoßende Internetseiten im In- und Ausland zu blockieren – quasi eine Art erweitertes Zugangerschwerungsgesetz inklusive der damit verbundenen Zensur-Infrastruktur.

Kommentare in Internetforen und Blogs wären Prüf- und Löschpflichten unterlegen, die entsprechende Angebote im Netz massiv bedrohen. Nahezu unmöglich umzusetzen ist die Einführung von Alters-Labels für Webseiten, da die Kriterien hierfür nicht objektiv formulierbar sind. Die Forderung nach altersgebundenen „Sendezeiten“ zeigt, dass viele Politiker immer noch denken, man könnte das Internet mit dem Fernsehen gleichsetzen.

Versammlungsgesetze

Die in § 8 GG garantierte Versammlungsfreiheit ist eine wichtige Säule unserer Demokratie. Durch die Förderalismusreform wurde den Bundesländern 2006 das Recht zugesprochen, sie für ihr jeweiliges Gebiet einzuschränken. Nach Bayern, Baden-Württemberg und Sachsen droht nun auch Niedersachsen, davon Gebrauch zu machen: Die Möglichkeit der willkürlichen Verhinderung oder Video-Überwachung von Versammlungen, sowie die Erhöhung des Bürokratieaufwands für die Anmeldung gefährden unsere Demokratie und Bürgerrechte.